

## Unverzüglich versenken [20.04.2009](#)



**BERLIN/EYL** (Eigener Bericht) - Berlin kündigt den Beschluss und das Versenken von Piratenschiffen vor dem Horn von Afrika an. Wie der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag erklärt, müssen die Schiffe im Falle von Angriffen "auf hoher See unverzüglich versenkt werden". Auch stehe der Einsatz von Sonderkommandos der Bundespolizei und der Bundeswehr bevor. Einen

entsprechenden Beschluss, der auf eine "härtere Gangart im Kampf gegen die Piraterie" hinauslaufe, habe die Bundesregierung inzwischen gefällt. Bisher galt das Versenken von Schiffen wegen der Gefahr der Verwechslung mit Fischerbooten in Berlin als wenig opportun. Parallel zur Brutalisierung des Marineinsatzes soll in dieser Woche eine Ausdehnung der Militärintervention auf somalisches Festland erörtert werden. Während die Bundeswehr ihren Aktionsradius erweitert, erklären Wirtschaftsvertreter, die Bedrohung des Welthandels durch Piraterie werde in der Öffentlichkeit stark übertrieben. Weithin unbeachtet bleibt die Ursache für die Freibeuterei vor der Küste Somalias: der vom Westen beförderte Verfall in Ländern, die sich der westlichen Hegemonie entziehen.

### Mit allen Mitteln

Wie der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Uhl (CSU), erklärt, werden Piraten "künftig mit allen militärischen und polizeilichen Mitteln (...) hart bekämpft".[1] Dies habe die Bundesregierung beschlossen. "Bei Piratenangriffen kann es nur eine richtige Antwort geben", sagt Uhl: "Die Schiffe der Seeräuber müssen auf hoher See unverzüglich versenkt werden". Bislang hatte man sich in Berlin mit solchen Forderungen zurückgehalten: Bei dem ersten Schiff, das während des aktuellen internationalen Flottenaufmarschs vor dem Horn von Afrika versenkt worden war - von der indischen Marine -, hatte es sich um ein Fischerboot gehandelt. Mindestens 14 Unschuldige waren dabei ums Leben gekommen. Wie Uhl weiter erklärt, ist künftig auch mit dem Einsatz von Spezialkommandos der Bundespolizei (GSG 9) oder der Bundeswehr (KSK) zu rechnen. Einsätze vergleichbarer Einheiten aus Frankreich und aus den USA hatten in den vergangenen Tagen mehrere Todesopfer gefordert.

### Signal der Stärke

Tatsächlich hatte Berlin Berichten zufolge bereits Anfang April ein Vorauskommando der GSG 9 vor die somalische Küste entsandt.[2] Der Plan, die deutschen Seeleute auf der gekaperten "Hansa Stavanger" mit Gewalt zu befreien, war nur an der Schnelligkeit der Piraten gescheitert: Sie hatten ihre Geiseln schon an Land gebracht, als die deutsche Eliteeinheit eintraf. In Regierungskreisen hieß es danach, man werde womöglich Spezialtruppen in Djibouti oder Kenia (Mombasa) stationieren, um bei Bedarf in Zukunft schneller intervenieren zu können. Die Interventionspläne richten sich keineswegs ausschließlich gegen Piraten, sondern tragen dem Drängen vor allem des Bundesinnenministeriums Rechnung, das bereits letztes Jahr verlauten ließ, man wolle gegenüber Entführern ganz allgemein ein "Signal der Stärke" setzen.[3] In Somalia scheint ein entsprechender Einsatz näher zu rücken. Für diesen Donnerstag ist eine Konferenz in Brüssel angekündigt, auf der die Lage in Somalia im Mittelpunkt steht. Es sollen auch Operationen der westlichen Truppen auf somalischem Festland besprochen werden.

### Verschmerzbar

Während Berlin die deutschen Militäraktivitäten an den strategisch wichtigen Seehandelsrouten vor dem Horn von Afrika intensiviert, erklären Wirtschaftsvertreter, die Bedeutung der dortigen Piraterie werde in der Öffentlichkeit stark übertrieben. Insgesamt seien "nur sehr wenige Schiffe" von den Entführungen betroffen; auch der Zuwachs bei den Versicherungskosten um rund 100.000 Euro pro Suez-Kanal-Passage sei "eine verschmerzbar Summe für ein Milliardenunternehmen", erklärt ein Sprecher des Verbands Deutscher Reeder (VDR). Die Transitgebühren für eine Suez-Kanal-Passage beliefen sich für viele Containerschiffe ohnehin auf ein Mehrfaches (rund 600.000 Euro). "Die Piraterie wird keine einzige Reederei in den Ruin treiben", sagt der VDR-Sprecher [4] - ein Urteil, das die angebliche Ursache des Marineeinsatzes stark relativiert. Ohnehin sind sich Berliner Regierungsberater darin einig, dass die Piraterie vor dem Horn von Afrika schon wegen der Größe des dortigen Meeresgebietes nicht mit militärischen Mitteln, sondern allenfalls durch politische Maßnahmen niedrigerungen werden könnte.

### Repressiver Partner

Daran jedoch besteht im Westen, der sich bislang darauf konzentriert hat, mit der Piraterie seine ausgedehnte Marinepräsenz an einer der bedeutendsten Seehandelsrouten weltweit zu legitimieren, offenbar kein ernsthaftes Interesse. Weitgehend unbeleuchtet bleibt entsprechend die Entwicklung, die bereits vor Jahren zur Entstehung von Piraterie vor dem Horn von Afrika geführt hat. Als wichtigste Ursache kann der Zerfall Somalias im Jahr 1991 gelten. Lange Zeit war das Regime Siad Barre vom Westen als Verbündeter in der Systemkonfrontation gestützt worden - ungeachtet seiner harten Repression und seines Versuchs, seine Herrschaft durch das Schüren von Rivalitäten zwischen den somalischen Clans zu sichern. Als mit dem Ende des realsozialistischen Blocks der Westen das Interesse an Somalia verlor und Barre fallen ließ, da trug die langjährige verhängnisvolle Innenpolitik des früheren Bonner Partners [5] Früchte: Somalia zerbrach in Gebiete konkurrierender Fraktionen. Zu den Folgen gehörte der Niedergang des Küstenschutzes. Fischer mussten zusehen, wie auswärtige Fangflotten in die ungeschützten somalischen Gewässer eindringen, sie leerfischten und damit die Lebensgrundlage der Bevölkerung zerstörten.

### Nährboden

Die weitere Entwicklung hat letzte Woche eine britische Tageszeitung beschrieben.[6] Vormalige Fischer griffen bereits in den 1990er Jahren zur Piraterie, bis um die Jahrtausendwende der Versuch regionaler Behörden, eine Küstenwache aufzustellen, modernere Marinetechnologie und entsprechende Kenntnisse ins Land brachte. Der Versuch misslang, Technologie und Kenntnisse blieben - und wurden von nun an für das Kapern fremder Schiffe zur Sicherung des Lebensunterhalts genutzt, auf höherem Niveau als noch in den 1990er Jahren. Eine kurze Unterbrechung brachte nur eine sich im Jahr 2006 schrittweise herausbildende Regierung, die die Piraterie unterband, vom Westen jedoch als unzuverlässig eingestuft und umgehend mit Hilfe äthiopischer Truppen von der Macht vertrieben wurde.[7] Seitdem halten Bürgerkrieg und Hungersnot auf höchstem Niveau an und bilden einen sicheren Nährboden für die Freibeuterei - geschaffen unter tatkräftiger Mitwirkung des Westens.

[1] Unionsexperte: Bundesregierung schlägt härteren Kurs gegen somalische Piraten ein; [www.neue-oz.de](http://www.neue-oz.de) 17.04.2009

[2] GSG 9 sollte entführte "Hansa Stavanger" stürmen; Spiegel Online 09.04.2009

[3] s. dazu [Signal der Stärke](#)

[4] Bomben auf Piratennester; Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.04.2009

[5] s. dazu [Sehr gut](#)

[6] "I'm not a pirate, I'm the saviour of the sea"; The Times 16.04.2009

[7] s. dazu [Interessen der Supermächte](#) , [Angemessene Beharrlichkeit](#) und [Ordnungsmächte](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)